Deutscher Bundestag **Drucksache 15/316**
15. Wahlperiode 15. 01. 2003

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Helga Daub, Dr. Christian Eberl, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Westsaharakonflikt beilegen – UN-Friedensplan durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Situation Westsaharas ist seit Jahrzehnten politisch und völkerrechtlich umstritten. Seit 1991 herrscht zwischen der Freiheitsbewegung „Frente Polisario“ und den marokkanischen Streitkräften im Territorium Westsaharas ein fragiler Waffenstillstand. Aber die Situation ist instabil, die Region politisch und wirtschaftlich gelähmt, Zehntausende Flüchtlinge warten auf ihre Rückkehr.

Der Konflikt um die Westsahara wird sich nur mit Hilfe von außen lösen lassen. Die Menschen in Westsahara dürfen nicht nur deshalb von der Weltöffentlichkeit mit ihrem ungewissen Schicksal allein gelassen werden, weil sie sich im Gegensatz zu vielen anderen Völkern seit über zehn Jahren in ihrem Unabhängigkeitsstreben auf friedliche Mittel verlassen haben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb das Bekenntnis des Weltsicherheitsrates in Resolution 1429 vom 30. Juli 2002, sich weiterhin nachdrücklich für eine politische Lösung des Konfliktes in der Westsahara einzusetzen und dies durch die Präsenz der MINURSO-Mission in Westsahara zu unterstreichen. Er unterstützt ausdrücklich die derzeitigen Bemühungen des UN-Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten James Baker für eine gerechte und dauerhafte Lösung.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit des im UN-Friedensplan vorgesehenen Referendums über die Zukunft der Westsahara. Die Abhaltung dieses bereits vor über einem Jahrzehnt erstmals terminierten Referendums darf nicht weiter am Streit über den Kreis der Teilnahmeberechtigten und an der Blockadehaltung der Beteiligten scheitern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der Westsahara und der Region, sondern auch um die Glaubwürdigkeit der UNO und der Weltstaatengemeinschaft.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. als neues nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats unverzüglich eine Initiative für die Aufstellung und Umsetzung eines strikten Zeitplanes zum

Abschluss der Identifizierung der Abstimmungsberechtigten und anschließender unverzüglicher Durchführung des Referendums in Westsahara einzusetzen;

2. auf unsere europäischen Partner einzuwirken, sich dieser Initiative anzuschließen und den Referendums- und Friedensprozess aktiv zu unterstützen;
3. sich im UN-Sicherheitsrat für eine unbedingte Verlängerung der MINURSO über den 31. Januar 2003 hinaus einzusetzen;
4. zur Verwirklichung des Friedensplans im Bedarfsfall den Vereinten Nationen anzubieten, Militärbeobachter und Polizisten zu entsenden, sobald deutliche Schritte bei der Umsetzung des Friedensplans sichtbar sind;
5. in Umsetzung der Resolution 1429 (2002) des Weltsicherheitsrates dem UNHCR und dem Welternährungsprogramm einen sichtbaren Anteil an Hilfsmitteln zur Verfügung zu stellen, um bei der Überwindung der sich verschlechternden Ernährungslage unter den Flüchtlingen zu helfen.

Berlin, den 14. Januar 2003

Markus Löning
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Helga Daub
Dr. Christian Eberl
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333